

GASTKOMMENTARE

Die Ansichten der Gastkolumnisten können von jenen der Redaktion abweichen.

EU-Rahmenverträge

Pragmatismus
statt
Populismus

Jamie Vrijhof-Droese
Unternehmerin, Referentin
und Autorin

Mit Beginn der Sommerpause hat der Bundesrat die lang erwarteten und intensiv diskutierten Entwürfe für die neuen EU-Rahmenverträge veröffentlicht und in die Vernehmlassung geschickt. Die knapp tausend Seiten wurden bereits im Vorfeld mit einer solchen Emotionalität debattiert, dass viele ihre Meinung schon gebildet hatten, bevor sie den Inhalt überhaupt kannten. Das allein sollte zu kritischer Reflexion anregen.

Ja, die EU ist in der Schweiz ein beliebtes Feindbild. Und wie die grosse Mehrheit der Bevölkerung habe auch ich kein Interesse an einem EU-Beitritt oder einer engeren Anbindung als absolut notwendig. Doch genau darum geht es: Eine funktionierende Beziehung zur EU ist notwendig. Der bisherige bilaterale Weg ist beendet, weil die EU ihn nicht mehr akzeptiert. Der Status quo ist passé und ein «Weiter wie bisher» damit vom Tisch.

Die zentrale Frage lautet: Wollen wir die Beziehung zur EU weiterentwickeln oder auf eine geordnete Zusammenarbeit verzichten? Eine Studie von Ecoplan im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft beziffert die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Verzichts auf einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um knapp 5 Prozent. Unser Wohlstand basiert wesentlich auf Handel, insbesondere auf Exporten. Die USA sind ein zunehmend unberechenbarer Partner, China als Absatzmarkt massiv kleiner. In einer zunehmend instabilen Welt sind verlässliche Partner entscheidend, und unser wichtigster ist nun mal die EU.

Dass ein vertraglich geregeltes Verhältnis mit der EU besser ist als gar keines, sollte deshalb unbestritten sein. Entscheidend ist die Frage: Was müssen wir dafür aufgeben? Und an dieser Stelle beginnt der Populismus. Die dynamische Rechtsübernahme wird als Unterwerfung und Einfallstor zur EU stilisiert. Dabei ist klar: Zusammenarbeit erfordert Kompromisse. Die dynamische Rechtsübernahme ist weit weniger einschneidend, als sie dargestellt wird. Schon heute übernehmen wir viele EU-Regeln im sogenannten autonomen Nachvollzug ohne Mitbestimmung. Mit einem Vertrag hätten wir künftig Mitspracherecht bei der Ausgestaltung dieser Regeln, bevor sie in Kraft treten.

Wichtig ist auch: Es geht nicht um das gesamte EU-Recht, sondern ausschliesslich um die fünf bestehenden Binnenmarktverträge. Bei Unstimmigkeiten erhalten wir ein ausgewogenes Schiedsverfahren. Sollte dieses zu keiner Einigung kommen, kann es den Europäischen Gerichtshof um eine Auslegung bitten, doch die endgültige Entscheidung bleibt beim Schiedsgericht. Die Schweiz hätte weiterhin das Recht, eine Regelung abzulehnen. Heute hingegen bestraft uns die EU bei Differenzen oft direkt. Etwa durch den Entzug der Börsenäquivalenz oder beim Ausschluss von Horizon Europe. Ein geregeltes Verfahren würde unsere Position deutlich stärken und uns besser ermöglichen, uns zur Wehr zu setzen.

Zudem würde die Schweiz neu eine Schutzklausel erhalten, mit der sie in begründeten Fällen die Personenfreizügigkeit vorübergehend einschränken könnte. Auch dies eine signifikante Verbesserung gegenüber der heutigen Situation.

Die EU ist ein einfaches Feindbild. Eine kritische Auseinandersetzung mit unserer Beziehung zur EU ist wichtig und richtig. Jedoch sollten wir uns nicht von Emotionalität abschrecken lassen. Es geht um viel – wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich. Genau deswegen braucht es Sachlichkeit, Pragmatismus und Realismus statt Populismus.

Jamie Vrijhof-Droese ist regelmässig Kolumnistin der Handelszeitung.

Zollkrieg

Eine einmalige Chance?



Reiner Eichenberger
Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik
an der Universität Freiburg

«Die grossen Probleme
der USA und der EU
sind ansteckend.»

die machbarkeitsgläubigen Regierungen zu verrückten Interventionen verleiten.

Drittens darf die Schweiz die Probleme der grossen USA und der EU nicht ignorieren. Denn sie sind ansteckend. Der sehr hohe Schweizer Handelsbilanzüberschuss mit den USA und der Welt insgesamt hat zwei Ursachen: Zum einen kompensiert der Wechselkurs die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz nicht so umfassend, wie es ein freier Devisenmarkt sollte. Sprich: Der Frankenkurs ist nicht zu hoch, sondern zu tief. Ursächlich dafür sind die Politik

der Nationalbank, die eine marktgerechte Aufwertung des Frankens verhindert, sowie vielerlei Massnahmen von Produzenten und Importeuren zur Marktabschottung und Abschöpfung der hohen Schweizer Kaufkraft. Das Resultat ist die Hochpreisinsel Schweiz. Ein aktuelles Beispiel ist der Kampf gegen den Einkaufstourismus zur «Retten des Schweizer Detailhandels», der genauso absurd wie die Trump'sche Importbekämpfung zur Reindustrialisierung ist.

Zum anderen bläht die grosse Zuwanderung infolge Personenfreizügigkeit die Branchen auf, die den grossen Aussenhandelsüberschuss verursachen. So leiden die Bürger doppelt: Das Bevölkerungswachstum bringt hohe Füllungskosten und verstärkt den US-Zollhammer.

Was also tun? Wer zwischen zwei netten, aber zuweilen gewalttätigen Partnern wählen kann, sollte sich am besten an keinen fest binden. Doch er sollte zu beiden möglichst gute Beziehungen pflegen und ihre Probleme ernst nehmen. Im Fall USA heisst das: Wir sollten unseren Markt nicht nur für EU-Güter voll öffnen, sondern auch für US-Güter. Wir sollten den Import von nach US-Norm produzierten Gütern einseitig frei zulassen – mit klarer Deklarationspflicht. Zweitens sollten wir die Landwirtschaftsmärkte öffnen, aber die Bauern für ihre – noch genauer zu messenden – Leistungen für die Allgemeinheit grosszügig entschädigen. Drittens sollten wir Trumps Ruf nach tieferen Medikamentenpreisen zu unserem eigenen machen. Auch die Schweiz hat überhöhte Medikamentenpreise. Diese müssen runter – für Medikamente aus Schweizer und US-Produktion.

Reiner Eichenberger ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung.

Handelsdefizit

An den USA führt kein Weg vorbei



Boris Zürcher
Ökonom und ehemaliger Direktor für Arbeit
beim Seco

«Für die Schweiz gibt es
keinen verlässlicheren
Partner als die USA.»

Denn die Einnahmen aus den Exporten übersteigen schon lange unsere Aufwendungen für die Importe. Parallel zur Exportleistung hat sich nämlich auch der Leistungsbilanzüberschuss der Schweiz über das vergangene Vierteljahrhundert mehr als verdoppelt – von schon damals hohen 5 auf mittlerweile sehr hohe 10 Prozent des BIP. Damit ist die Schweiz wie nur wenige Länder der Welt stark von der ausländischen Nachfrage abhängig. Dabei war das nicht immer so. Noch bis zu Beginn der 1990er-Jahre wies die Schweiz eine ziemlich ausgeglichene Leistungsbilanz auf. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen hielten sich mit den Importen ungefähr die Waage. Erst die Globalisierung und der Siegeszug des Freihandels nach dem Mauerfall machten

diese beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüsse möglich.

Deren absolutes Ausmass im globalen Kontext erlaubt es der Schweiz noch, unter dem Radar zu segeln, auch wenn die Überschüsse gemessen am Schweizer BIP erheblich sind. Mit einzelnen Ländern sind die Leistungsbilanzüberschüsse jedoch sehr bedeutsam. Vor allem mit China, dem drittgrößten Handelspartner der Schweiz nach der EU und den USA, ist dies der Fall. Wenn die USA China zudem als ihren grössten Rivalen in ökonomischer, technologischer und militärischer Hinsicht bezeichnen, birgt die im Schweizer Freihandelsabkommen mit China genannte Zielsetzung eines vertieften Austausches in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation zusätzliches Konfliktpotenzial. Nicht vergessen werden sollte, dass Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen immer am kürzeren Hebel sitzen. Auffallend ist zudem, dass vor allem die BRICS-Staaten mit hohen Zöllen belegt wurden, darunter ausgerechnet Indien und Brasilien, mit denen die Schweiz jüngst ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat beziehungsweise kurz davor steht, eines abzuschliessen.

Wer nun fordert, die Schweiz solle sich verlässlichere Partner als die USA suchen, gibt sich gefährlichen Illusionen hin und könnte sich plötzlich auf der geopolitisch falschen Seite wiederfinden. An den USA führt kein Weg vorbei. Es gibt keinen verlässlicheren Partner für die Schweiz als die USA. Die EU kann deren Rolle für uns nicht ersetzen. Ein Arrangement ist dringend nötig, verbunden mit mehr Bescheidenheit und Demut. Wir müssen auch verstehen, dass es in der geopolitischen Neuordnung nicht mehr nur um ökonomische Effizienz und Wohlstandsgewinne geht, sondern wesentlich auch um sicherheitspolitische Anliegen. Und wer schliesslich glaubt, Präsident Trump aussitzen zu können in der Hoffnung, dass sich dann alles wieder zum Alten kehrt, muss sich auf ein sehr langes Warten einstellen.

Boris Zürcher ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung.